

Der Zerfall Jugoslawiens und die Bedeutung für Migranten

Der Prozess der Familienzusammenführung war gegen Ende der 1980er Jahre weit vorangeschritten und auch sonst war etwas Ruhe in die Migrationsbewegungen eingeleitet. Der Integrationsprozess in Deutschland und anderen Zielländern hätte in der Erfolgsspur bleiben können und auch viele Rückkehrpläne waren realistisch. Doch das kriegserische Auseinanderbrechen Jugoslawiens durchkreuzte vielfach die Pläne. Der Zerfall zwang praktisch jeden sich neu zu positionieren und die Lebensplanung neu zu justieren. Mal war die Zwangsauflösung eines Bankkontos, mal die Zerstörung des Eigenheims, mal der Tod von Verwandten der Auslöser für diese Neupositionierung. Ein anderes Mal waren es Migranten selbst, die aktiv Einfluss auf die Kriege nahmen. Der Zerfall Jugoslawiens und die Kriegsverläufe wurden bereits umfassend wissenschaftlich aufgearbeitet (dazu z. B. Ramet 1996; Silber/Little 1996; Meier 1999). Sie müssen hier nicht ausführlich wiederholt werden, zumal ohnehin nicht jedes Kriegsereignis für jeden relevant gewesen ist. Die großen Züge des Zerfalls und insbesondere die Reaktionen im Westen sind aber sehr wohl von Belang. Deshalb sollen nun *erstens* die wichtigsten Zerfallsgründe in Erinnerung gerufen werden. Daran schließt *zweitens* eine Beschreibung des Kriegsverlaufs und der Flüchtlingsthematik an. Weil der Balkan in diesen Zeitraum nicht zufällig wieder als Sinnbild des Zerfalls herhalten musste, wird *drittens* der Versuch unternommen, das Verhältnis zwischen dem Balkan und seiner Umwelt im Rahmen einer Alter-Ego-Dynamik zu begreifen. Dieses einfache Erklärungsmodell hilft nicht nur zu verstehen, weshalb sich des Balkans pejorativer Beigeschmack wieder entfaltete, sondern es vermittelt auch Einsichten in migrante Identitätskonstruktionen. Der *vierte* Teil gibt Antwort auf das westliche Überraschungsmoment in der Frage ‚Wer waren die Jugoslawen?‘.

Jugoslawiens Ende

Die Auflösung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien hatte ihre Gründe in verschiedenen politischen, ökonomischen, rechtlichen, religiösen, erzieherischen und anderen sozialen Entscheidungen und Entwicklungen. Rückblickend fällt es leicht zu erkennen, dass es dem zweiten Jugoslawien in seiner kurzen Geschichte nicht gelang, eine Reihe von Entwicklungen so zu beeinflussen, dass es als Staat hätte überleben können. Es war hervorgegangen aus der Partisanenbewegung im Zweiten Weltkrieg, die sich um den charismatischen Führer Tito scharte und den Machtanspruch darauf zurückführte, dass es ihr gelungen war, sich gegen die deutschen Besatzer und die Ustascha sowie gegen die Tschetniks durchzusetzen. Und dies ohne Hilfe der russischen oder US-amerikanischen Armeen. Der heroische Gründungsmythos vermochte die traumatischen Ereignisse während und nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings nicht zu verdecken.

Zu tief hatten sich die Geschehnisse in die Erinnerungen eingeschrieben, als dass der Mythos und die jugoslawische Einheit sie hätten ausradieren können. Einen Diskussionsraum, um die Kämpfe zwischen Partisanen, Tschetniks und den Anhängern der Ustascha zu thematisieren, gab es aber nicht. Eventuelle Gräueltaten wurden einseitig betrachtet. Und mit der Unterdrückung einer Vergangenheitsbewältigung bildete sich sogleich der geistige Nährboden für den Fortbestand von ethnischen Vorurteilen. Aufkommende nationalistische Bewegungen stellten regelmäßig eine Bedrohung der jugoslawischen Einheit dar und wurden, wie zum Beispiel der ‚Kroatische Frühling‘ 1971, mit harter Hand zum Schweigen gebracht. All diese Entwicklungen zeigten wiederholt, dass entgegen Titos damaligen Behauptungen die nationale Frage gelöst zu haben, sich Konflikte immer wieder entlang nationaler Grenzen artikulierten (vgl. Jakir 2001: 318). Erst 1978 kam Tito auf die Frage nach seinem größten politischen Misserfolg zu dem treffenden Schluss, dass er beim Versuch, „die Völker Jugoslawiens zu einer wirklichen Gemeinschaft zusammenzubringen“, kein Glück hatte (Meier 1999: 11). In kleinen und großen Krisen zeigte sich, dass die Ideen des Jugoslawismus nur von „einer schmalen Intellektuellenschicht“ vertreten wurden und niemals in den Dörfern und deren Erzählungen ankamen (Jakir 2001: 315). Das bedeutet nicht, dass anderswo die nationalen Bewegungen keine intellektuell-elitäre Erfindung gewesen und nicht von ‚oben‘ nach ‚unten‘ durchgedrückt worden wären, doch anderswo kamen sie an und hatten Bestand.¹⁹

Zu den nationalen Ressentiments, die politisch oder in sozialen Bewegungen leicht zu verwerten waren, kamen staatsrechtliche Schwächen. Speziell die Verfassung von 1974 war so konstruiert, dass sie in den entscheidenden Situationen, konkret bei nicht vorhandenem Interesse an einer Einheit, dieselbige nicht garantieren konnte. Den einzelnen Republiken gewährte sie umfassende Vetorechte, von denen diese zuletzt regelmäßig Gebrauch machten und Jugoslawien handlungsunfähig werden ließen. Im Zerfallsprozess schaukelten sich die Staaten gegenseitig hoch. Die wirtschaftlichen Disparitäten, die von einem steilen Wohlstandsgefälle von Nordwest nach Südost gezeichnet waren, stellten jede zukünftige Einheit fundamental in Frage, weil selbst hohe Investitionsprogramme in den vorangegangenen Dekaden die Disparitäten kaum verringern konnten. Disparitäten, die durch asymmetrische auf Serbien zulaufende Machtbeziehungen konterkariert wurden. Die tiefgreifende ökonomische Krise der 1980er Jahre, mit steigenden Arbeitslosenzahlen, Hyperinflation und sinkenden Realeinkommen, beschleunigte die Skepsis. Slowenien und Serbien brachen beispielsweise einen

19 Für das ‚Nicht-Ankommen‘ der jugoslawischen Identität im Falle derjenigen, die sich zum Islam bekannten siehe auch Babuna (2004) oder Sorabji (1995). Auch in den postjugoslawischen Nationalstaaten reicht die Macht des Zentrums nicht immer in die Peripherie: Zagrebs Macht endet in der ländlichen Krajina, wenn es darum geht, die Rückkehr der serbischen Bevölkerung in die Gebiete zu sichern – ohne die Zustimmung der Lokalbevölkerung ist dort kein Staat zu machen (vgl. Swartz 2003).

Wirtschaftsstreit vom Zaun und erhoben gegenseitig Zölle auf ihre Importe. Keine gute Ausgangsposition zu just dem Zeitpunkt, als die sozialistischen Diktaturen Osteuropas von einem Demokratisierungsschub erfasst wurden und zusammenbrachen. Ihr Wegfall brachte Jugoslawien zugleich um die Sonderstellung als blockfreier Staat. Denn Blockfreiheit – als dritter Wert – stiftet nur in einer bipolaren Welt Sinn.

Während also alte Identitätsmatrices wegbrachen, wurden andere Trennlinien reaktualisiert. Diese wurden historisch, linguistisch, religiös, ethnisch, national, geografisch oder kulturell legitimiert. Ein Konflikt, den nationalistische Politiker für sich zu nutzen wussten (vgl. Vladislavljjevic 2004). Aber auch im Ausland lebende Staatsbürger beeinflussten den Zerfall.²⁰ Die Reaktualisierung von Trennlinien und die Kommunikation über Nation, Religion, Kultur oder Heimat lieferten dann die Skripte zum Töten und Morden, deren ganze Tragik darin bestand, dass sich nicht bloß Menschen entzweiten, die sich hassten, sondern auch die, die sich einst liebten.

Krieg, Flüchtlinge und Migration

Die territoriale Gliederung in die Republiken Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro und Mazedonien sowie – historisch variierend – in die beiden autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina, war nur selten mit anderen wichtigen Grenzen innerhalb des Staates kongruent. Die Feststellung, dass zusätzlich *wenigstens* nationale, linguistische und religiöse Trennungen zu beachten sind, darf nicht mit den Kriegsgründen verwechselt werden, macht aber auf Schwierigkeiten im Neuordnungsprozess aufmerksam. Die letzte Volkszählung aus dem Jahr 1991 verdient daher große Beachtung. Sie vermittelt einen Eindruck von den internen Größenverhältnissen und den Verteilungen der einzelnen Gruppen in den Republiken.

20 Die Forschungen über den Einfluss von im Ausland lebenden Bürgern Jugoslawiens auf den Zerfall sind disparat und kommen nicht über den Charakter von Fallstudien hinaus; für Kroaten in den USA siehe Djuric (2003).

Tabelle 2: Die ‚nationale‘ Bevölkerungsstruktur Jugoslawiens, 1991 (Roux 1995: 36, 40)

Die ‚nationale‘ Bevölkerungsstruktur Jugoslawiens nach Republiken und Provinzen, 1991										
	Bevölkerung (in Tsd.)		Bosnien- Herzegowina	Montenegro	Kroatien	Mazedonien	Slowenien	Serbien	Kosovo	Vojvodina
Insgesamt (in Tsd.)	23.528		4.365	615	4.784	2.034	1.963	5.809	1.965	2.014
		in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Nationen										
Serben	8.527	36,2	31,4	9,3	12,2	2,2	2,4	87,3	10,0	57,3
Kroaten	4.637	19,7	17,3	1,0	77,9		2,7			3,7
Muslimen	2.353	10,0	43,7	14,6	1,0	2,1	1,4	3,0	2,9	
Slowenen	1.760	7,5					87,6			
Mazedonier	1.372	5,8				64,6				
Montenegriner	539	2,3		61,8				1,3	1,0	2,1
Nationalitäten										
Albaner	2.178	9,3		6,6		21,1		1,3	82,2	
Ungarn	379	1,6								16,9
Roma	210	0,9				2,7		1,2	2,2	1,2
Türken	110	0,5				4,8				
Slowaken	730	0,3								3,2
Rumänen	430	0,2								1,9
Jugoslawen	710	3,0	5,5	4,2	2,2			2,5		8,4

Die leichten Differenzen in den Summen ergeben sich aus der Vorläufigkeit der Ergebnisse. Die eigentliche Einteilung in Nationen und Nationalitäten entspricht den Vorgaben des staatlichen jugoslawischen Zensus, innerhalb derer man sich selbst bezeichnen konnte.

In den freien Wahlen 1990 setzten sich national gesinnte Parteien, zum Teil mit Unabhängigkeitsansprüchen, durch. Am 25.6.1991 verkündeten Slowenien und Kroatien ihre Unabhängigkeit. Milošević befahl seinen Panzergenerälen in die slowenische Hauptstadt Ljubljana einzurücken, um Sloweniens Unabhängigkeit zu beenden. Dies misslang jedoch. Slowenien konnte glimpflich aus Jugoslawien ausscheiden und sich zum stabilen Land entwickeln. Nicht zuletzt deshalb, weil die Minderheitensituation in Slowenien eindeutiger als in Kroatien war und Kroatien als Puffer zu Serbien wirkte. In Kroatien begann der erste Erbfolgekrieg. Der Westen, hier besonders die Europäische Gemeinschaft (EG) und ihre Einzelstaaten sowie die UNO, spielten während des Zerfalls keine geschickte Rolle. Man stritt über die Frage, wie das international anerkannte Recht auf Selbstbestimmung der Völker im konkreten Fall angewandt werden sollte: Galt es die Integrität Jugoslawiens anzuerkennen und die Konflikte nachfolgend als interne Konflikte eines souveränen Staates zu betrachten, in die man sich nicht einmischen dürfe *oder* war die Auflösung bereits soweit vorangeschritten, dass die sechs Teilrepubliken als selbstständige Völkerrechtssubjekte zu betrachten waren und eventuell militärisch Beistand zu leisten wäre. Deutschland tendierte bekanntlich zu der letzten Position und drängte die EG 1991 zur Anerkennung der Teilrepubliken. Doch Einigkeit darüber herrschte nicht. Ja noch heute findet sich vor allem in angelsächsischen und französischen Diskussionen der Allgemeinplatz, dass Deutschlands verfrühte Anerkennung Sloweniens und Kroatiens an

der Katastrophe mitschuldig sei.²¹ Auch andere Positionen waren uneinheitlich. So lockte die EG mit der Möglichkeit des Beitritts, deutete aber zugleich an, dass dies angesichts der ökonomischen Lage der südlichen Republiken derzeit nicht möglich sei – kaum vorstellbar, dass angesichts der bekannten Fissuren die Sezession nicht zur Versuchung des Nordens werden sollte.²²

Der EG war die eigene Zerrissenheit in dieser Frage bewusst, aber man wollte das eigene Schicksal nicht an diese Frage binden. Stellvertretend für viele steht die Beschreibung Roland Dumas' bezüglich Mitterands Hauptmotiv: „Der Zusammenbruch Jugoslawiens ist ein Drama, der der Gemeinschaft wäre eine Katastrophe“ (Dumas in: Hatschikjan 2001: 19). Mit der Politik des Abwartens versuchte die EG das Re-entry der Kriterien mit denen sie den Balkan beurteilte zu vermeiden. Dies hätte zu der paradoxen Erkenntnis ihrer eigenen Fragmentierung geführt. Mit anderen Worten: Die EG als Einheit hat die Balkanisierung, das heißt die Zersplitterung beklagt und sich mit diesem Kriterium vom südosteuropäischen ‚Pulverfass‘ abzugrenzen versucht. Das Re-entry der Kritikform (Einheit|Zersplitterung) in die Form (EG|Balkan) hätte die eigene Zersplitterung verdeutlicht.²³ Im Sinne der Einheitserhaltung der EG tat man besser daran, sich nicht zu entscheiden. Jugoslawien schlitterte ungebremst in die schwersten Kriege, die Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erlebte und die EG suchte tendenziell Rettung in traditionellen Vorstellungen von ethnisch homogenen Nationalstaaten.

Während Slowenien relativ friedlich aus Jugoslawien ausschied und gemeinsam mit Kroatien am 15.1.1992 von den EU-Mitgliedsländern völkerrechtlich anerkannt wurde, kam es in Kroatien zum Krieg, der über 10.000 Tote fordern sollte. Die große Minderheit der Serben fürchtete um ihre Sicherheit. Deshalb und aufgrund nationalistischer Bewegungen erklärten die in der kroatischen Krajina lebenden Serben ihre Unabhängigkeit. In der ersten Phase bis Januar 1992 kam es dort, im Grenzsaum zu Bosnien-Herzegowina, ebenso wie im östlichen Slawonien, an der Grenze zu Serbien, zu umfangreichen Vertreibungen von 300.000 dort lebenden Kroaten. Aus den übrigen Landesteilen Kroatiens flohen

21 Diese Argumentation vergisst, dass auch die Briten kriegsentscheidendes Gerät an Slowenien lieferten (vgl. Zgaga/Barnett 2000).

22 Vgl. vollkommen konträr zu dieser Meinung (die zumindest in der Tendenz mehrheitlich geteilt wird), aber nicht minder interessant die Interpretation von Conversi (2000). Conversi argumentiert, dass der Zerfall nicht im Sinne einer Exit-Strategie der Republiken gelesen werden sollte, sondern die Sezession vom Zentrum, das heißt von Belgrad aus betrieben wurde. Vier Gründe sprächen für die Sichtweise: 1) Serbien attackierte den existierenden Staat; 2) Die Argumentation basierte nicht auf der Verfassung; 3) Ethnische Identität und Einheit der Serben wurden zuerst betont und 4) es wurde eine organische und homogene serbische Identität postuliert.

23 Die Angst vor solchen Re-entries erklärt auch die Sorge der Sekretärin des Europarates Catherine Lalumière. Den formal guten Minderheitenschutz in Slowenien wertete sie als zu umfassend und befürchtete, dass hier ein Präzedenzfall für andere Minderheiten in Europa geschaffen werde (vgl. Gosar 1996: 199f.). Wie auch immer es die Staaten machen, es der EG/EU Recht zu machen, ist nicht einfach.

200.000 Serben. Serben und Kroaten blieben aber mehrheitlich innerhalb der ehemaligen jugoslawischen Grenzen. Die nationale Selektion und Sortierung bei der Flucht und bei der Wahl des Ziellandes wurde als ‚ethnische Privilegierung‘ bezeichnet, obwohl sich das privilegierende Moment nur im Vergleich zu anderen Flüchtlingen und deren Aufnahme erschließt, aber mit dem positiven Beiklang keineswegs die Fluchtumstände gemeint sind (vgl. Brubaker 1998; Čapo Žmegač 2005a). Lediglich 80.000 Personen flüchteten ins ‚nicht-jugoslawische‘ Ausland. Die meisten davon zu Verwandten und Bekannten, die im Rahmen der jugoslawischen Arbeitsmigration zuvor migriert waren. Obgleich von diesen Flüchtlingen ein großer Teil wieder nach Kroatien zurückkehrte, beschleunigte sich die Familienzusammenführung von transnationalen Familien aus dem Kontext der Arbeitsmigration (vgl. die Hinweise dazu bei Crisp 1999; Janjic 1997; Markovic/Manderson 2000; Mihok 2001).

Im Jahr 1992 beruhigte sich die Entwicklung in der ‚Serbischen Republik Krajina‘, doch ihr ökonomischer Zustand war verheerend. Ihr Überleben hing vom entfernten Serbien ab, das der Republik aber überdrüssig wurde. Erst 1995 gelang den Kroaten die Rückeroberung der Territorien. Diesmal flohen zwischen 150.000 und 200.000 Serben mehrheitlich nach Serbien. Bis 2003 kehrten von den insgesamt 350.000 aus Kroatien geflohenen Serben weniger als 100.000 zurück. Die Umsetzung des Rechts auf Rückkehr ist schwierig, weil lokale und nationale Regelungen in Kroatien große Hürden aufbauen und die Ressentiments gegenüber Serben groß sind. Der Anteil der serbischen Bevölkerung Kroatiens fiel von 12,2 Prozent 1991 auf 4,5 Prozent im Jahr 2001. Weil es sich dabei meist um Ältere handelt, selten aber um Familien mit Kindern, ist zu erwarten, dass der Anteil in den nächsten beiden Dekaden weiter abnehmen wird und die serbische Bevölkerung in Kroatien verschwinden wird.

In Bosnien-Herzegowina hatte sich die Lage seit Anfang des Jahres 1992 zugespitzt. Nicht zuletzt durch westliche Signale bestärkt, fand am 1.3.1992 ein Referendum über die Unabhängigkeit statt, in dem bosnische Muslime und Kroaten mehrheitlich für die Unabhängigkeit stimmten, hingegen die Serben die Abstimmung boykottieren. Am 6.4.1992 wurde die Republik Bosnien-Herzegowina von den USA und den EU-Mitgliedstaaten anerkannt. Daraufhin versuchten bosnische Serben und ein Jahr später auch bosnische Kroaten große Landesteile unter ihre Kontrolle zu bringen, um sie entweder an Serbien oder Kroatien anzubinden. Die jeweiligen Minderheiten in den Gebieten wurden vertrieben. Von 1992 bis 1995 starben nach Angaben der ‚International Helsinki Federation for Human Rights‘ (IHF) über 160.000 Menschen im Krieg. Etwa 2,5 Millionen Menschen mussten flüchten. Davon blieben 600.000 Flüchtlinge innerhalb Bosnien-Herzegowinas, weitere 600.000 im Staatsgebiet des ehemaligen Jugoslawiens und 1,3 Millionen Menschen flohen über die Grenzen des ehemaligen Jugoslawiens hinaus. Zwar waren es die Nachbarländer, die den Großteil der Fluchtfolgen zu tragen hatten, doch zum ersten Mal kam es im westlichen Aus-

land zu einem spürbaren Anstieg der Flüchtlingszahlen vom Balkan und das Thema wurde zu einem europäischen Politikum.

Bei den Friedensverhandlungen und auf der politischen Agenda in den Zieländern hatte die Rückkehr der Flüchtlinge eine hohe Priorität. Im September 2004 konnte der UNHCR jedoch lediglich die Rückkehr von insgesamt einer Million Menschen verkünden. 1,5 Millionen Menschen konnten oder wollten also bis dahin nicht zurückkehren. Außerhalb der ex-jugoslawischen Grenzen verfolgte insbesondere Deutschland eine rigorose Rückkehrpolitik. Nachdem es zuvor die meisten Flüchtlinge aufgenommen hatte, wurden ab 1997 die Flüchtlinge zur Ausreise gedrängt und auch in Regionen abgeschoben, in denen die entsprechende Person in der Minderheit war. Nichtsdestotrotz lebten 2003 nach UNHCR-Angaben noch 39.688 Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina in Deutschland. Ein großer Teil von ihnen durfte allerdings nur aufgrund schwerer Traumata in Deutschland bleiben. Weil die Rückkehrquoten in anderen Ländern deutlich unterhalb der deutschen Quote lagen, hat sich der exzeptionell hohe Beitrag Deutschlands zur Notlinderung dem Durchschnittswert angenähert. Zudem ist bemerkenswert, dass diejenigen, die in Deutschland Schutz fanden, nicht vollständig nach Bosnien-Herzegowina zurückkehrten, sondern sich andere Ziele suchten – wenigstens 20.000 von ihnen zogen zum Beispiel in die USA, wo 2003 61.834 bosnische Flüchtlinge lebten. Erneut kam es zu einer positiven Selektion.

Während der Krieg in Bosnien-Herzegowina mit einem Friedensabkommen beendet wurde, dräute der nächste Konflikt weiter südlich. Bereits am 28.3.1989 hatte Serbien den autonomen Status der Provinz Kosovo, gemeinsam mit dem der Vojvodina, aufgehoben. Seitdem verschlechterte sich die soziale Lage für die Kosovo-Albaner und die Berichte über Menschenrechtsverletzungen häuften sich. Dennoch verhielt sich die internationale Gemeinschaft bis 1998 ausgesprochen passiv. Weder wurden die wenigen diplomatischen Vorstöße mit Nachdruck betrieben, noch fanden die friedlichen Protestbewegungen im Kosovo nennenswerte internationale Unterstützung. Für die Zuspitzung der Krise wie auch für den späteren Integrationsverlauf ist es bedeutend, dass den Kosovo-Albanern die Zugänge zu zentralen Einrichtungen zunehmend verwehrt wurden. Das serbische Regime schuf ein Apartheidsystem, welches die Kosovo-Albaner von Modernisierungsprozessen ausschloss. Als Reaktion darauf begannen die Kosovo-Albaner mit dem Aufbau von umfassenden Parallelstrukturen, doch die durch das serbische Regime bedingten Exklusionsfolgen konnten sie nicht kompensieren. So sanken die Teilnahmezahlen der Kosovo-Albaner in Schulen und Universitäten binnen weniger Jahre um bis zu 50 Prozent. Ein anderer Indikator für diese Verschlechterungen ist die steigende Zahl der Asylanträge von Menschen aus Jugoslawien zwischen 1995 und 1997: Allein in den EU-Mitgliedstaaten wurden wenigstens 114.430 Asylanträge von „Jugoslawen“ registriert – Schätzungen zufolge dürften 90 Prozent davon Kosovo-Albaner gewesen sein. Im Kosovo selbst kam es zur Militarisierung des Konfliktes und die Befreiungsarmee „Ushtria Çlirimtare e Kosovës“ (UÇK) intensivierte ihre Aktivitäten. Das Geld dafür und

im Extremfall auch die Soldaten kam von Exilanten in Deutschland, der Schweiz, Großbritannien, Belgien, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern. Während die UÇK mit ihrem Guerillakrieg die internationale Einmischung provozierte, reagierten zunächst nur die serbischen Kräfte schnell und brutal. Nach Angaben der ‚Independent International Commission on Kosovo‘ (2000) wurden in der Zeit von Februar 1998 bis September 1998 etwa 1.000 Zivilisten ermordet und 400.000 der knapp zwei Millionen Bewohner des Kosovos aus ihren Häusern vertrieben. Die Hälfte dieser Personen blieb im Kosovo und konnte nach dem Holbrooke-Milošević-Abkommen im Oktober 1998 zurückkehren, gleichwohl Serben und UÇK offen von einer Frühlingsoffensive sprachen. Eine Entspannung fand nicht statt und weil auch die internationalen Beobachter im Kosovo daran nichts ändern konnten, entschied sich die NATO zum militärischen Eingreifen. Während der NATO-Luftschläge vom 24.3. bis zum 19.6.1999 starben etwa 10.000 Menschen. Die meisten von ihnen waren Kosovo-Albaner, die von der jugoslawischen Armee getötet wurden. Etwa 900.000 Zivilisten flohen aus dem Kosovo, weitere 600.000 Flüchtlinge blieben innerhalb des Kosovos. Diese Vertreibungen gingen mit Vergewaltigungen, Folterungen, Plünderungen und Erpressungen einher. Die NATO-Luftschläge haben, in Anbetracht der Systematik der serbischen Politik, den Terror nicht provoziert, aber den Rahmen zur Ausübung geschaffen.

Weil das Flüchtlingsproblem im Wesentlichen als ein politisches Gestaltungsproblem gesehen wurde, reflektierten insbesondere Politologen und Rechtswissenschaftler das Thema. Dabei erfuhren der europäische Einigungsprozess und die Frage der Lastenverteilung besondere Aufmerksamkeit (vgl. van Selm 2000). Diesem politischen Streit über die Lasten der Flüchtlingsaufnahme stand ein bemerkenswertes zivilgesellschaftliches Engagement in Europa gegenüber. In vielen Staaten erklärten sich Bürgerinnen und Bürger zur Aufnahme von Flüchtlingen in ihren Privatwohnungen bereit (vgl. Goeke 2007a). Die Verbindung zwischen Flüchtlingen und Arbeitsmigranten ist allerdings selten thematisiert worden (z. B. Grdešić 1994).

Der Westen und der Balkan – ein Projekt und kein Ort

Bisher kamen die Erklärungs- und Beschreibungsversuche ohne Rückgriff auf besondere balkanische Elemente aus und sie sollten auch in dieser Spur fortfahren. Eine wichtige Frage ist noch zu klären. Wie kam es, dass der Balkan zum *Ort* besonderen Grauens stilisiert wurde? Dass man den Nationalismus dort als böse und blutrünstig erachtete, hingegen Nationalismus im Westen eine Selbstverständlichkeit war? Besonders im Verlauf der 1990er Jahre ist leicht zu erkennen, dass die Konnotationen um den Begriff Balkan negativer wurden. Die metaphorische Rede einer Balkanisierung als Synonym für territoriale Zersplitterungen und Konflikte war da schon über hundert Jahre alt und hatte bereits eine globale Karriere hinter sich. Im Kontext der US-amerikanischen Einwanderungsdis-

kussion hat der Begriff Balkanisierung einen festen Platz sowohl bei der wissenschaftlichen Problembeschreibung als auch bei der massenmedialen und politischen Kommentierung eingenommen (Ellis/Wright 1998). Kam die Metapher nun lediglich wieder zu ihrem Ursprung zurück?

Der Balkan wurde und wird oftmals mit Begriffen konnotiert, die Europa in seiner zivilisatorischen Entwicklung hinter sich gelassen zu haben glaubt. Direkt ist diese Entwicklung in den Kommentaren der Massenmedien, in wissenschaftlichen Abhandlungen, Meinungsumfragen, politischen Statements oder ähnlichem abzulesen. Indirekt wird das pejorative Moment des Balkans in den Bemühungen der Beschriebenen deutlich, wenn sie ihrer Heimat beinahe trotzig beistehen und Gegenargumente anführen – so zum Beispiel Todorovas Buchwidmung: „Meinen Eltern, von denen ich lernte, den Balkan zu lieben, ohne stolz oder beschämt sein zu müssen“ (Todorova 1999: 5). Spätestens seit Edward Saids Buch ‚Orientalism‘ (1978) ist man für die Konstruktionspraktiken von Regionen sensibilisiert. Auch die Rede vom Balkan wurde mehrfach in brillanter und famoser Weise dekonstruiert. Material dazu gibt es reichlich, denn nahezu alle westlichen Geistesgrößen hatten sich abschätzend über den Balkan ausgelassen (vgl. Bakić-Hayden/Hayden 1992; Bakić-Hayden 1995; Todorova 1999; Allcock/Young 2000). Die Geografie hat sich, als Dienstleistung für die Gesellschaft, um wissenschaftliche Abgrenzungskriterien für die Region bemüht – immer mit dem Ziel, eine Einheit von Land, Natur und Staat aufzuzeigen. So habe zum Beispiel der Berliner Geograf August Zeune 1808 den Begriff Balkanhalbeiland (Balkanhalbinsel) eingeführt, weil er annahm, dass der Balkan einen durchgängigen Gebirgszug vom Schwarzen Meer bis Istrien darstelle und sich – analog zur Namensgebung der Pyrenäenhalbinsel – physisch-geografisch als nördliche Abgrenzung der Halbinsel eigne (Redepenning 2002: 11).

Während die Länderkunde heute innerhalb der Geografie mehrheitlich als Negativfolie dient, feiert sie an anderen Orten fröhlichen Urstand und verkürzt die Komplexität der sozialen Systeme in die Region hinein. In der Balkanchronik von Weithmann (2000) wird die Topografie als Erklärung für die politische Zersplitterung verwendet. Kartomanie und Chiromantie nennt Schultz dies treffend (2000: 15f.). Weithmanns Ansicht ist dann auch weit von Zeunes Regionalisierungsbemühungen im 19. Jahrhundert entfernt und der heute üblichen und pejorativen Begriffsverwendung viel näher (vgl. Redepenning 2002: 12). Die Begriffsverschlechterungen lassen die Bemühungen wachsen, genau dort nicht zu sein, wo das Böse vermutet wird. In der Folge entstehen Achsen des ‚Othering‘ (Hall 1997). Jeder versucht, nicht Teil des Balkans zu sein und gleichzeitig darüber zu bestimmen, wer dazu gehört:

„Wo ist der Balkan? Die Kroaten meinen, seine Grenze verlaufe an der Save, die Slowenen glauben, er beginne an der Sotla, während die Österreicher behaupten, die Grenze zum Balkan bilde der Wiener Südbahnhof. Wir aus dem Süden sehen die Einteilung anders, wir glauben, daß dieser Grenzstein sich genau in jedem einzelnen unserer Dörfer

befindet, aber der Wiener Südbahnhof ist auf jeden Fall für uns alle der erste Punkt, von dem aus wir ehrfürchtig durch das uns seit je ferne und unzugängliche Europa der Pracht und der Kultur aufbrechen.“ (Stojić 2000: 26)

Nicht der nuancierte und spitzfindige Disput, ob es sich beim Balkanismus um eine Variation des Orientalismus handelt oder nicht, steht hier im Vordergrund, sondern Mile Stojićs ironische Brechung eines besonderen Sujets: Der Balkan als eine Region des Übergangs, des Transits, des Noch und des Schons. Der Grenzstein in jedem Dorf ist ein immer wiederkehrendes Thema und kann in schier unendlichen Variationen aktualisiert werden. So zum Beispiel, wenn der kroatische Ministerpräsident Iвица Račan anlässlich der Verhandlungen über die EU-Mitgliedschaft betont, dass sein Land kulturell und geografisch im Herzen Europas liege und sich damit gegen die in Brüssel geläufige Verortung Kroatiens auf dem *Westbalkan* wehrt (vgl. Küppers 2003). Ähnliches ist im Verhältnis zwischen Belgrad und Serbien auszumachen. Volcic (2005) rekonstruiert aufschlussreich, wie junge Belgrader Intellektuelle eine urbane Identität konstruieren und dabei den ländlichen Teilen Serbiens den Stempel des Rückstands aufdrücken. Und dieses Problem kann auf die Relation Serbien-Ausland transponiert werden. Drakulić beschreibt die Situation für Serbien: „Wir nehmen den Widerspruch nicht war, der darin liegt mit Italien und Österreich leben zu wollen, aber nicht mit Bosnien oder Mazedonien. Wie sollte das aber möglich sein?“ (Drakulić 2003). Stets tritt eine Asymmetrie hervor, weil man sich wenigstens an den letzten Zipfel Europas definiert, aber immer weit weg von angeblichen Nicht-Europäern. Eine Umfrage unter Migrantenjugendlichen in Stockholm spiegelt diese Asymmetrie wider und zeigt die Relevanz für migrante Identitäten auf: Türkische Jugendliche fühlen sich den jugoslawischen Jugendlichen näher als die jugoslawischen den türkischen (Lange 1989: 193). Ob die Trennungen über die Differenz Land|Stadt, Westkirche|Ostkirche, Christen|Nicht-Christen, europäische Muslime|arabische Muslime oder andere hergestellt werden, ist fast unerheblich – immer wird vermittelt: ‚Wir-noch-die-schon-nicht-mehr‘.

Die verschiedenen Konstruktionsweisen des Balkans in ihren Genealogien spielen in dieser Arbeit eine nachgeordnete Rolle. Auch muss nicht gezeigt werden, wie die Dekonstruktionen der Konstruktionen konstruiert sind. Ob zum Beispiel die Struktur von Stereotypen aufgezeigt wird, ob Derridas Weg der Dekonstruktion gegangen wird oder ob die Psychoanalytik bemüht wird. Verblüffend ist, dass am Ende, trotz allen Geschicks, die eine Frage offen bleibt: Wie konnte es kommen, dass das einstige sozialistische Vorzeigeland, welches enger an Westeuropa gebunden war als vielleicht die Deutsche Demokratische Republik, welches als Symbol der kulturellen Zugehörigkeit beim Grand Prix Eurovision de la Chanson mitmachte, ihn 1989 mit Riva sogar für sich entschied und ein Jahr später in Zagreb austrug, wie also dieses Land (und hier ganz beson-

ders Serbien²⁴) zum Paria Europas werden konnte. Die Behauptung, dass der Westen seine negativen Seiten auf den Balkan projiziere oder die Betonung, dass hier jedes Ereignis ein zweites Mal im Modus Kultur gelesen und Kultur dabei erst geschaffen werde, bleiben beide unbefriedigend. Denn so treffend diese Erkenntnisse sind, sie vermögen nicht den Wandlungsprozess erschöpfend zu erhellen, sondern steigern sich in eine Wertung von gut und böse hinein. Der ‚böse‘ deutungsmächtige Westen konstruiert den ‚bösen‘, aber doch eigentlich ‚guten‘, Balkan. Beide sind dann so, wie sie sind. Trotz geschliffener Worte drängt sich damit stets eine Deutung auf, die sich nur schlecht mit konstruktivistischen Grundpositionen verträgt: Immer scheint es, als ob die alten Balkanbilder *aufgrund* der Kriegsereignisse wieder an die Oberfläche gespült und nun noch pejorativer wurden. Mit dieser Deutung torpediert man die Behauptung von der Konstruktion und Erfindung des Balkans als Europas Anderes, weil man eingestehen müsste, dass es die Ereignisse selbst waren, die zur Reaktualisierung zwangen. Todorova, die die Geschichte des Balkans als Europas bequemes Vorurteil beschrieben hat, versucht einen solchen Weg zu gehen, bei der Vorurteile, Stereotypen oder Schemata nur als ‚falsche‘ Deutungen der Realität verstanden werden. Ein Vorgehen, das zwar rührig ist, aber ohne Ontologie nicht auskommt: „Der Balkan hat eine konkrete historische Existenz. Wenn man für den Orient mit dem berühmten Bonmot von Derrida spielen kann: ‚il n’y a pas hors de texte‘, kann die Frage, ob er existiert, für den Balkan gar nicht richtig gestellt werden; die passende Frage ist, ‚qu’est-ce qu’il y a hors de texte?‘“ (Todorova 1999: 29). Warum dieses Kippen zwischen post-ontologischer Konstruktion einerseits und dem Glauben an eine erfassbare Realität andererseits? Aus einer beobachtungstheoretischen Perspektive ist es nicht entscheidend, ob es den Balkan nun gibt oder nicht. In dem Moment, in dem ein Beobachter vom Balkan spricht, existiert der Balkan und es interessiert, welche Strukturen sich an diese Beobachtung anschließen. Wenn Todorova also Derrida umdeutet, weil sie für eine „starke Ontologie“ des Balkans plädiert (ebd.: 261), dann ist das noch immer keine unmittelbare Aussage über eine Realität. Auch ihre Argumentationskette, es gebe den Balkan, weil sich dort so viel Ähnliches ereigne oder weil so viele darüber sprechen, ist kein Argument für den Balkan als erfassbare Realität, sondern nur ein Argument dafür, dass Kommunikation stattgefunden hat, die eine gewisse Konvergenz zum Begriff Balkan hat. Wenn der Balkan sozial relevant wird, dann nur durch Kommunikation. Kommunikation ist aber nicht Balkan, sondern Kommunikation.

Todorovas Engagement für den Balkan in allen Ehren, doch der Dynamik des Auseinanderdriftens ist so nicht beizukommen. Es erscheint sinnvoller, sich auf die Frage zu konzentrieren, wer überhaupt den Balkan kommuniziert. Das heißt die Systemreferenz (Selbst-/Fremdreferenz) ist zu präzisieren. Und es ist zu

24 Vgl. dazu Drakulić (2003) oder die Diskussionen, die der Autor Peter Handke (2002) mit seinen Stellungnahmen für Serbien auslöste.

schauen, welches System *wie* beobachtet. Sobald ein Beobachter benannt wird, bekommt man auch eine Antwort auf die Frage, wer mit der Beobachtung was gewinnt und für wen die Beobachtung wichtig ist. Dabei muss die Systemreferenz nicht einmal im Einzelnen namentlich benannt werden, das wäre ohnehin sehr kompliziert. Es wird im Folgenden ausreichen, die klassische Alter-Ego-Differenz zu verwenden, um die Identifikationsprozesse ebenso wie das Auseinanderdriften von Wahrnehmungen und Beschreibungen zu verstehen. Die Dynamik ist vergleichsweise simpel, aber dadurch nicht weniger tragisch (vgl. Luhmann 1995).

Es mutet also geschickt an, von einem Beziehungssystem zwischen dem Westen und dem Balkan auszugehen. Dank der Eigennamen ist eine Kommunikation über den anderen möglich, gleichwohl die Namen nicht immer trennscharf sind und bei manchen Systemen die Zuordnung schwerfallen wird – grosso modo ist dies aber zu vertreten. Zunächst ereignen sich keine sonderlich bemerkenswerten Dinge. Der Westen mag hochmütig auf den Balkan hinabschauen, er mag dort den Orient vermuten und all seine Stereotype pflegen. Doch die Beziehung bleibt bei aller Asymmetrie stabil und einander wohlwollend, die balkanischen Bilder über den Westen sind ja nicht weniger schematisch-stereotyp. Mit den ersten Schießereien entfaltet sich die verhängnisvolle Dynamik. Der Beobachter Ego (hier pauschal alle Beobachter, die sich dem Westen zurechnen) und der Handelnde Alter (ebenso pauschal alle Handelnden des Balkans) werden die Komplexität der sozialen Systeme unterschiedlich aufeinander beziehen und reduzieren. Handelnde beschreiben ihr Handeln als situativ angepasstes Handeln (selbst die Erkenntnis unangemessen gehandelt zu haben, ist eine Erkenntnis, die auf der Beobachtung der Situation beziehungsweise Umwelt beruht). Bevor man handelt, beobachtet man die Umwelt und überlegt, wie nun zu reagieren sei (man kann das auch ‚agieren‘ nennen, doch es bleibt ein der Beobachtung nachfolgender Schritt). Auch im Extremfall Krieg wird Alter sich auf die Umwelt berufen. Sicher, er wird sich auch selbst beobachten, wird für sich Fragen des Anfangens und Weitermachens zu klären versuchen, wird fragen, wer starrköpfig war und wird vielleicht Dummheiten eingestehen, aber letztendlich gilt ihm sein Handeln als ein *an der Situation ausgerichtetes* Handeln. Je nach Integrationsgrad wird er sich und man ihm unterschiedliche Freiheitsgrade zugestehen. Die Theorie sieht hier keinen Determinismus vor. Während Alter aber seine Umwelt beobachtet, beobachtet Ego bei Alter, wie dieser handelt. Ego wird den Handlungskontext – auf den sich Alter vehement beruft! – dabei vernachlässigen und dazu tendieren nach *stabilen Persönlichkeitsmerkmalen bei Alter* zu suchen, die er Alter attribuieren wird. Wenn sich diese Kommunikation konfirmiert und kondensiert, dann wird Alter als der blutige, kriegslüsterne und unzivilisierte Balkan entstehen. Die Komplexität der sozialen Systeme wurde in die Personen hinein reduziert, weil nur so eine Rückbindung an einen Adressaten möglich ist.

Zusammengefasst: Während Alter meint, gemäß der Situation zu handeln, meint Ego bei der Person Persönlichkeit zu erkennen. Während Alter sich auf

Kontext, Unmöglichkeit, Zwang und ähnliche Externalitäten beruft, wird Ego Kultur, Religion und anderes als das Innere Alters beschreiben. Der Prozess der unterschiedlichen Rück- und Zurechnungen ist in vollem Gang und kann in seiner Differenz bereits zum Konflikt führen. Wohlgemerkt: Es werden keine Zwangsläufigkeiten beschrieben. Empathie lässt die Möglichkeit zu, sich in Alters Situation zu versetzen und gedankenexperimentell nach der eigenen Reaktion zu fragen. Aber das geschieht nur selten und so kam es wie es mehrheitlich kam und jeden Tag erneut in Alter-Ego-Beziehungen kommt (vgl. weit entfernt dazu Fuchs 2004: 106ff.; Luhmann 1994 [1982]: 41ff.).

Die oben ausgeführten grundsätzlichen Bemerkungen über Konstruktionsweisen und Produktionsleistungen von Differenzen beginnen erst jetzt zu greifen, quasi nachdem die Dynamik des Auseinanderdriftens und die differenten Attributionsleistungen verstanden worden sind. Eine so verstandene Entzweigungsdynamik will auch ohne voreilige neuerliche Schuldzuweisungen auskommen. Denn schriebe man die Schuld an dem schlechten Image des Balkans dem Westen zu, der hier ein Feindbild, ein Anti-Europa oder ein negatives Anderes konstruierte, dann würde man sich erneut zum Richter über Gut und Böse ernennen und erneut essenzielle Charakteristika im Westen ausmachen und sie ihm attribuieren. Die geschilderte Dynamik hilft nur zu verstehen, wie sich die Kluft zwischen dem Westen und dem Balkan ‚plötzlich‘ so dramatisch weiten konnte. Dass Charakteristika leichter vermittelt werden können, wenn sich der Blick nach hinten wendet, wenn nach historischen Grenzen und Gründen gesucht, wenn die Natur bemüht und wenn Eigenschaften territorialisiert werden, das alles muss dann als je besondere Taktik innerhalb der Alter-Ego-Differenz gesehen werden.

Die Kategorie ‚Jugoslawe‘ und das Überraschungsmoment der Frage ‚Wer waren die Jugoslawen?‘

Nachdem der Entzweigungsprozess verdeutlicht und im Wesentlichen auf gebundene Beobachterpositionen und Attributionsleistungen zurückgeführt wurde, ist noch zu klären, wie die Treffsicherheit der Kategorie ‚Jugoslawe/Jugoslawin‘ verschwand. Ein Verschwinden, das häufig mit dem ‚plötzlichen‘ Aufkommen nationalistischer Bewegungen in Jugoslawien selbst erklärt wurde. So plötzlich wie es schien, war das jedoch nicht. Der Staat Jugoslawien verstand sich von Anfang an als ein Mehr-Nationenstaat (nicht aber als Nationalstaat) und hegte die Hoffnung, dass sich die Nationalismen seiner Völker über die Zeit hinweg verlören und in einer supranationalen Identität der Südslawen mit den Werten eines sozialistischen Internationalismus aufgingen. Im Artikel 1 der Verfassung von 1974 wurde Jugoslawien explizit als eine „Gemeinschaft von gleichberechtigten Nationen und Nationalitäten“ konzipiert und in Artikel 3 wurden die sechs jugoslawischen Republiken als Staaten definiert (vgl. Jakir 2001: 315). Die Bezeichnung Jugoslawien war zunächst weder Ersatz für andere Bezeichnungen noch wollte sie etwas verdrängen. Als identifikativer Bezugspunkt wurde die

Kategorie ‚Jugoslawe‘ erst im *dritten* Nachkriegszensus von 1961 eingeführt und war offiziell für national ungebundene Personen gedacht, als Restkategorie für diejenigen, die in keine andere nationale Kategorie fielen (Sekulic/Massey/Hodson 1994: 84). Der Anteil an Personen, die sich dieser Kategorie zuordneten, lag 1961 bei 1,7 Prozent, 1971 bei 1,3 Prozent, 1981 bei 5,4 Prozent und 1991 bei 3 Prozent (Sekulic/Massey/Hodson 1994: 85; Roux 1995: 40). Am Ende seiner Geschichte befanden sich diese Personen in einer merkwürdigen Situation – als (nationale?) Jugoslawen ohne (nationales?) Jugoslawien: „Ils [les Yougoslaves] n’ont ni leur république ni, par conséquent, leur souveraineté. Sans souveraineté, ils constituent évidemment une minorité nationale. Mais puisqu’ils n’ont pas d’autre Etat que la Yougoslavie, ils sont, en fait, une nation. En tant que nation, ils ont le droit de faire sécession. Cela signifie que les Yougoslaves pourraient, en principe, se séparer de la Yougoslavie“ (Branko Horvat in: Roux 1995: 41).

Vier Gründe können für den moderaten Anstieg der Kategorie ‚Jugoslawe/Jugoslawien‘ bis 1981 ausgemacht werden. Erstens bot die Kategorie für Jüngere die Möglichkeit sich aus den Bindungen ihrer Heimatgemeinden symbolisch zu lösen. Zweitens ist die Attraktivität des charismatischen Führers Tito zu nennen, der mit der jugoslawischen Idee den Widerstand gegen Deutsche, Ustascha und Tschetniks führte und auch der Sowjetunion entsagte. Drittens bot sich im Status Jugoslawe für Minderheiten ein Ausweg aus der Minderheitensituation: Moslems in Bosnien-Herzegowina nutzten dies beispielsweise, um sich nicht den Kroaten oder den Serben zuordnen zu müssen. Viertens bot die Kategorie eine Matrix für Kinder aus sogenannten Mischehen²⁵ (Sekulic/Massey/Hodson 1994; Steindorff 2000). All diese Gründe für die jugoslawische Einheit zu optieren, passten in das Bild von Fortschritt und wurden im Westen so interpretiert und goutiert. Die Verwunderung, die zum Ausdruck kam als in Deutschland lebende Migranten sich ‚auf einmal wieder‘ einer nationalen Identität zuordneten und nationale Symbole zu Schau stellten, ist somit nur zu erklären, indem einerseits die alternativen Selbstidentifikationen nicht zur Kenntnis genommen wurden und andererseits *nur* die jugoslawische Identität als eine an die nationale Segmentierung der Welt anschlussfähige Identität akzeptiert wurde. Das zeigt wiederum die begrenzte kognitive Kapazität beobachtender Systeme. Auch diese Arbeit hat mit der verfestigten Kategorie ihre Mühen. Sie sucht Anschluss an Migrationsarbei-

25 Wie schwer es fällt, die Bedeutung von sogenannten Mischehen für das nationale Zusammenwachsen zu bestimmen, zeigen die Berechnungen von Botev (1994). Er verzweifelt geradezu an den Selbstangaben und den vieldeutigen ethnischen Kategorien: „Neither the Macedonians nor the Ethnic Moslems articulated a clear ethnic identity until the early twentieth century (some might argue that the same is true for the Montenegrins).“ Und das Ärgernis nimmt kein Ende: „Even in recent years, there have been cases where close relatives identify with different nationalities. For example, of five brothers living in Macedonia, two identify as Macedonians, two as Bulgarians, and one identifies alternatively as Serbian or Yugoslav“ (Botev 1994: 467). Insgesamt kann er für den Zeitraum von 1962 bis 1989 keinen klaren Trend zu einem numerischen Anstieg von Mischehen ausmachen.

ten über Jugoslawen, findet diese, kann sie sofort und leicht kritisieren, weiß um die aktuell ungleichen Entwicklungen und spricht die Migranten dennoch oftmals mit der pauschalen Kategorie an.

Transnationale Strukturen in der Gegenwart

Die Beschreibung der deutsch-jugoslawischen Migrationen lässt erahnen, dass es immer einen regen Austausch gegeben hat. Eine exakte Rekonstruktion transnationaler Bewegungen ist nur begrenzt möglich gewesen, weil die bisherigen Forschungsarbeiten mehrheitlich etwas Anderes im Blick hatten und sich arbeitsteilig entweder auf die Integration in Deutschland konzentrierten oder die Emigrationseffekte in Jugoslawien beziehungsweise in den Nachfolgestaaten untersuchten. Zuletzt soll nun nach aktuellen transnationalen Strukturen gesucht werden. Die These dazu lautet, dass es durch die voranschreitende funktionale Differenzierung zu einer weiteren Entkopplung der Funktionssysteme von nationalen Rahmungen kommt und dies nachfolgend zu Veränderungen von Migrationskarrieren führt. Anekdotische Evidenz dafür ist leicht zu finden: Saudi-arabische Organisationen sind in Bosnien-Herzegowina aktiv und haben seit dem Kriegsende 1995 den Bau von 100 Moscheen und Gemeindehäusern finanziert (Rathfelder 2003). Und Jugendliche in Kroatien zeigen ein hohes Interesse an Migration (Dilić 2002). Aber bietet die Literatur mehr Systematik? Der Nachweis muss nicht über eine quantitative Steigerung von Migrationsbewegungen erfolgen, denn die These lautet nur, dass mit der Entkopplung ein höheres Maß an Freiheitsgraden einhergeht, sich also mehr Kombinationsmöglichkeiten eröffnen.

Numerische Indizien zur Re- und Transmigration

Die Geschichte der ‚Gastarbeitermigration‘ drehte sich in der deutschen und der jugoslawischen Diskussion sowie unter den Migranten selbst von Anfang an um die Idee der Rückkehr. Die Betonung des ‚Gastarbeiterstatus‘ läuft zwar der reflexartigen politischen Korrektheit entgegen, doch ohne diesen Status wird die Mentalitätsgeschichte nicht verständlich. Sicherlich trifft die Kritik am Gastbegriff zu, doch wenn sie den Schwarzen Peter allzu einseitig der deutschen Seite zuschiebt, verkennt sie die Logik.²⁶ Und selbstredend ist es verdienstvoll darauf hinzuweisen und vollkommen unbestritten, dass die Arbeitsmigranten mehrheit-

26 Das ganze Dilemma des Begriffes war bereits 1972 offensichtlich und zeigte sich bei einem Preisausschreiben des WDR. Gesucht wurde nach alternativen Bezeichnungen, da die Rede vom Gastarbeiter zwar im Vergleich zum nationalsozialistischen Fremdarbeiter schon als Fortschritt galt, die Menschen aber noch immer in eine dependente Position verwies. Skurile Vorschläge des Wettbewerbs waren zum Beispiel ‚Eurobrüder‘ oder ‚Zeitkollege Süd‘ (Klee in: Pagenstecher 1996: 151).